

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 136.

Veranstaltet mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

1922.

## Landtagsverhandlungen.

103. Sitzung.

Mittwoch, den 5. April 1922.

Präsident Frickhoff eröffnet 11 Uhr 10 Minuten vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Ministerpräsident Buch, sämtliche Minister und eine große Anzahl Regierungsvertreter.

Auf Wunsch mehrerer Fraktionen wird Punkt 20 und 21, die erste Beratung über die Vorlagen Nr. 109 und 110, die Entwürfe von Gesetzen über die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen und über die Wahlen hierzu betreffend, von der Tagesordnung abgelehnt und erst nach der Osterpause behandelt werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

### Punkt 1: Abstimmungen:

(Die Anträge zu den einzelnen Punkten sind aus den letzten drei Landtagsbeilagen ersichtlich.)

a) Kap. 38 bis 41 des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922, den Geschäftsbereich des Justizministeriums betreffend, und über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 630.)

Ziff. 1, den Rechenschaftsbericht betreffend, wird gegen 7 Stimmen angenommen.

Ziff. 2 und 3, die Einstellungen in den ordentlichen Etat für 1921 — diese unter Erhöhung derjenigen in Kap. 40, Tit. 17 a auf 2 Mil. M. — und 1922, wird einschließlich des Ministerberichts mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

Ziff. 4 bei Kap. 40 Tit. 3, die Staatsanwälte, sowie Amts- und Landgerichtsräte in Stellengemeinschaft zu bringen, und Ziff. 5, auf eine bessere Bezahlung der Referendare bei der Reichsregierung zu dringen, werden mit Mehrheit angenommen.

Ziff. 6, die Eingaben betreffend, wird einstimmig angenommen.

Über die Minderheitsanträge Dr. Dehne und Drechsler wird nicht mehr abgestimmt, da der Etat abgelehnt worden ist.

Die kommunistischen Minderheitsanträge unter 3a-c werden abgelehnt.

b) Kap. 42 Abs. C der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922, Wirtschaftsausschuss betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 624.)

Der Gehalt des Wirtschaftsministers wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, alle übrigen Anträge einstimmig angenommen.

c) Kap. 72 Tit. 11 des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1922, Berechnungsgeld für die Landespreisprüfstelle betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 629.)

Die Einstellungen werden gegen die bürgerlichen Stimmen bewilligt.

d) Kap. 72 Tit. 14 des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921, Kosten der Versorgung Soldaten mit Lebensmitteln betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 668.)

Die Einstellungen werden einstimmig bewilligt.

e) den Antrag des Abg. Ebert u. Gen., betreffend eine Verordnung über die Rechte der Strafgefangenen. (Mündlicher Bericht der vom Präsi-

denten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 616.)

Der Antrag unter 1, 1, betr. die Erleichterung der Strafe durch die Erlaubnis, daß die Strafgefangenen Lebensmittel von außen empfangen dürfen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag unter 1, 2, die Selbstbeschäftigung und -befristung der politischen Untersuchungs- und Strafgefangenen usw. betr., wird gegen die Stimmen der Döschner und Dösch. Vp. angenommen.

f) den Antrag des Abg. Ebert u. Gen., betr. ein Gesetz über die Kontrolle des Strafvollzuges in den Gefängnissen und Strafanstalten. (Mündlicher Bericht der vom Präsidenten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 617.)

Der Antrag betr. die Kontrolle des Strafvollzuges in Gefängnis- und Strafanstalten durch Beiräte aus der arbeitenden Bevölkerung derjenigen Orte, wo sich solche befinden, wird gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen.

Die anderen Anträge sind durch die Abstimmung erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 92, betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung neuer Feiertage. (Mündlicher Bericht der vom Präsidenten ernannten Berichterstatter, Drucksache Nr. 642.)

Abg. Dr. Wagner (Döschner):

Unsere Stellung zu der Vorlage ist bekannt und hat sich nicht geändert. Ich kann auf die Rede verweisen, die ich im Auftrag meiner Fraktion am 19. Januar hier gehalten habe. Wir lehnen eine Feiertage des 1. Mai ab, weil der Gedanke der internationalen Verbrüderung, dem dieser Feiertag in erster Linie dienen soll, gerade in den letzten Jahren elend Schiffbruch gelitten und unserm Verderben zusammengebrochen ist, ganz abgesehen davon, daß der 1. Mai in seiner historischen Entwicklung den ausgesprochenen Charakter eines Klassenkampfes hat. (Zuruf bei den Unabh.: Soll er auch haben!) Die Arbeiter haben während nicht mehr internationale Belange als die Bürger, ja, man kann sagen, in Wahrheit hat die Arbeiterklasse in besonderem Maße nationale Belange, denn vom Gelingen des deutschen Volkstums und des deutschen Nationalismus ist keine Bevölkerungsfürsorge so abhängig wie die deutsche industrielle Arbeiterklasse, und es ist nach den letzten Berliner internationalen Verhandlungen geradezu ein Dogma, jetzt einen Feiertag der internationalen Verbrüderung zu empfehlen.

Noch klarer, ja unerhört ist die Zumutung, die darin liegt, daß wir den 9. November mit feiern sollen. Ich will dazu nur einige Anmerkungen aus sozialdemokratischem Standpunkt bringen. Im Februar 1915 fand in Stuttgart eine große sozialdemokratische Versammlung statt, in der der sozialdemokratische Führer Reine auch den Gedanken einer Revolution erörterte. Er führte nach dem Bericht des „Vorwärts“ aus:

Diese Frage ist unentschieden zu verneinen. Wenn wir den Etat durch eine Revolution auch nur in Erleichterung brächten, so würden alle Feinde, die wir mit den Waffen niederzukämpfen hoffen, in unserm Vaterland eindringen und über das unheimliche, gerissen Volk herfallen. Das wäre das Ende des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Und diese Prophezeiung ist bis aufs Wort eingetroffen.

In seinem Luche „Von Kiel bis Kapp“ kommt sodann Kapp auf die Revolution zu sprechen. Er erwähnt dabei, daß durch die Kapprevolution die deutsche Flotte in ein Stück altes Eisen verwandelt worden sei, das Meer in Öl und Blei sich aufgelöst habe, und fährt dann wörtlich fort:

Zusammengebrochen, wie es kaum jemals zuvor in der Geschichte dazwischen war, mußte das deutsche Volk sich Waffenstillstandsbedingungen diktieren lassen, die schmerzlicher und orrid, aber kaum gebaut werden konnten.

Alle Hoffnungen, einer demokratischen Republik Deutschland würden die Sieger verzielt die Hand reichen, haben damals die größtmögliche Enttäuschung erfahren.

In Rücksicht dieser Entwicklung haben die Reichssozialisten keine gewalttätige Revolution gewünscht. Scheidemann war mit Zustimmung der Partei in das Kabinett des Prinzen Reg. eingetreten, um eine Katastrophe vermeiden zu lassen.

Reformarbeit großen Stils sollte begonnen werden. Wenn jetzt auch Reichssozialisten sich als die erfolgreichsten Revolutionäre aufspielen, so zeigt das nur von der Fähigkeit vieler Leute, sich schwingenden Schlagworten des Tages anzupassen.

Das können die Herren sich gesagt sein lassen, die sich heute hinter die Vorlage stellen.

Der frühere sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen Wintzig hat folgendes Urteil über die Revolution gefällt:

Ich habe so wenig wie die anderen Sozialdemokraten in meiner Nähe etwas Erhebendes

und Großes von der Revolution gesehen, sondern sie nur als ein furchtbares nationales Unglück und eine brennende Schmach empfunden. Diese Revolution hatte ja nicht einen großen erhebenden Zug, Pflichtvergebenheit, Schmutz und Schamlosigkeit, fortgesetzt gezeigerte Ansprüche, stülpische Bewunderung, wachsendes Betrübnis, das ging dem Zusammenbruch alles nationalen Gutes nebeneher. Die Sozialdemokratie kapituliert vor den trägen Instinkten einer politisch ungeschulten Masse.

Nun, die Revolution hat ja tatsächlich in mancher Beziehung erreicht, was Sie wollten. Das deutsche Kaiserreich, der Hort der deutschen Einheit, das im vorigen Jahrhundert gerade von den demokratischen führenden Geisteskräften und heiß ersehnt war, ist in Trümmer gegangen, und die größte Tragödie der Geschichte hat sich vor unseren Augen abgetragen. Und was war das Ergebnis? Freiheit, ein gerechter Friede und billiges Brot wurde uns versprochen. Ein schmuckvoller sogenannter Friede, wie er brüderlich und unmissverständlich noch von keinem großen Volke ertragen werden dürfte, wurde dem waffenlos gewordenen Volke abgepreßt. In den Fesseln grausamer Feinde führen wir jetzt ein Helotendasein. Unser Heer, unsere Flotte ist dahin; unser Nationalismus ist zerstört, und dafür müssen wir den Imperialismus unserer Feinde jetzt bezahlen und deren Imperialismus mit der letzten Faser unserer Arbeitskraft unterstützen. Dabei im Inneren Gärung und fortgesetzte Erschütterungen unseres schwerelenden, wie in einem Treibhaus nur noch vegetierenden Wirtschaftslebens durch Streiks und sonstige Eingriffe, (Unruhe und Jurufe links. — Hammer des Präsidenten.) wachsende maßlose Entwertung der deutschen Mark, wachsam steigende Preise. Das Gegenteil von alledem, was die Revolution uns versprochen hat, ist eingetreten. Wir stehen vor dem Abgrund und da soll jetzt der Jahrestag dieser Revolution, mit dem sich unjähbar traurige Erinnerungen für uns sich verknüpfen, der anderen Hälfte des sächsischen Volkes als ein gelicher Feiertag aufgegeben werden! Die Linke möge dieses Gesetz beschließen, wir werden unter Anwendung des durch die Verfassung uns gegebenen Mittels alle unsere Kräfte dafür einsetzen, daß es am 9. November nicht mehr Gesetz ist. (Lebhaftes Bravo! bei den Döschner.)

Abg. Blüher (Döschner):

Zur Sache ist kaum etwas zu sagen. (Sehr richtig! links.) Wir haben unseren Standpunkt früher dargelegt und halten es für unverantwortlich, daß in der jetzigen Zeit ein derartiger Gegenentwurf kommt, von dem die Regierung ganz genau weiß, daß die Mehrheit im Lande nicht hinter ihr steht. (Abg. Wente: Im Gegenteil!) Abwarten! (Abg. Wente: Ja, wir wollen es mal abwarten!) Ich habe mir das Wort nur erbeten wegen einer vorläufigen Angelegenheit. Die „Chemnitzer Volkstimme“ hat, wie ich aus der „Dresdner Volkszeitung“ vom 3. April entnehme, (Jurufe links: Aprilscherz!) — Große Heiterkeit links, angeblich „aus zuverlässiger Quelle“ erfahren, daß die völkerverfeindlichen Abg. Blüher und Hübschmann der 2. Novembertagung des Landtages deshalb ferngeblieben sind, um die Abstimmung über die Vorlage betr. die gesetzlichen Feiertage zugunsten der Linken zu beeinflussen. (Wiederholte große Heiterkeit links. Abg. Wente: 1. April!) Ob die „Chemnitzer Volkstimme“ damit einen Aprilscherz hat machen wollen, überlasse ich ihr, ich weiß aber, daß es Leute im Lande gibt, die die Sache nicht als Aprilscherz aufgenommen haben. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Wente: Zu denen gehören Sie zu gehören!) Zunächst gehört dazu glaube ich, die „Dresdner Volkszeitung“. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube, Dr. Wente, es gehören dazu auch einige unabhängige Zeitungen. (Abg. Wente: Der ganze Blätterwald hat es gebracht, und Sie haben es geglaubt!) Zunächst haben es die sozialdemokratischen Zeitungen geglaubt. Ich will nur für diejenigen, die die Sache nicht als Aprilscherz aufgefaßt haben, bemerken, daß der Dr. Kowale Hübschmann und meine Wenigkeit an den Tagen vom 30. und 31. März zu einer Sitzung des Vorstandes des Deutschen Böhmerntages in Eisen weilt. Nun kann Dr. Wente mit seinem Aprilscherz machen was er will. (Bravo! rechts und Heiterkeit.)

Abg. Wirth (Soz.):

Es war nicht die Absicht meiner Fraktion, zu dieser Sache heute etwas zu sagen. Ich glaube, es ist genügend darüber geurteilt worden. Nachdem aber Dr. Wagner es nicht unterlassen hat, hier wieder in der schmählichsten Weise Angriffe gegen die Arbeiter und unsere Partei vorzubringen, muß ich dazu ein paar Worte sagen. Es ist doch geradezu unbegreiflich, wenn ein Vertreter der äußersten Rechten sich darüber beschwert, daß die Arbeiter und die sozialdemokratischen Parteien jetzt versuchen, das, was sie seit Jahrzehnten erlämpft haben, was ihnen gerade von dieser Seite vorenthalten worden ist, zu verwirklichen, nämlich den 1. Mai als Feiertag zu erhalten. Daß man aber in solchen beleidigenden Ausfahrungen, wie sie der Dr. Wagner heute wieder vorgebracht hat, gegen diese Parteien immer wieder vorgeht, ist geradezu unerhört. Die Teufelskräfte mögen doch nur ein Jahrzehnt auf ihre Politik zurückblicken. Haben sie nicht geradezu in verbrechlicher Weise (Oho! rechts!) die Arbeiterklasse beherrscht, sie entrechtet, wo ihnen nur die Gelegenheit geboten war? Und treiben sie nicht heute noch dieselbe Politik? Sie haben heute zusammen mit den Herren Kommunisten, die es

aus Unkenntnis getan haben, das Gehalt des Justizministers abgelehnt. Es müßte ihrer unwürdig sein, etwas dergleichen zu tun!

Was den 9. November anlangt, so verbechte ich vollkommen, daß der 9. November den Herren da brühen noch viel unangenehmer ist, denn sie haben ja sehr viel dadurch verloren. Wir nicht! Wir hatten nichts zu verlieren. Sie hatten mit ihrer Politik dafür gezahlt, daß wir nichts zu verlieren hatten. Diese Herren sollten schamrot werden, wenn sie an ihre Politik zurückdenken, und es gehört Mut dazu, sich wie Kollege Dr. Wagner hierzu zu stellen und in dieser Weise zu reden. Wenn die Herren der Rechten es so weiter treiben, dann ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten, wie ich und ein großer Teil meiner Partei es schon längst gewünscht haben, unter der heutigen Zeit nicht mehr möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was heißt denn: Wir wenden das letzte Mittel an? Man soll es tun, und ich wünsche, daß die Bürgerlichen im nächsten Landtage drei Stimmen mehr in diesem Hause haben. Dann werden wir ihnen beweisen, daß wir ihnen das Leben viel leichter schwer machen können als sie uns. Dann werden wir wieder auf der Seite der Opposition sein, auf der sie heute sind, und wir werden dort besser arbeiten, denn man hat uns das in jahrelanger Entwertung geleistet. Der Dr. Wagner redet dann von dem Zusammenbruch ujm. Was ist denn zusammengebrochen? Das elende System der Rechten ist zusammengebrochen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Und was ist denn befeidigt worden? Die ganze Ungerechtigkeit, die die Konventionen jahrhundertlang aufgebaut haben! Das ist zusammengebrochen und befeidigt worden. Die Arbeiter haben also nichts zu verlieren, sondern haben nur zu gewinnen, und sie werden sich gar nicht darum kümmern, was man da brühen laßt. Wir sehen ruhig dem Volkentscheid entgegen, und meinetwegen mag er zugunsten der Rechten ausfallen. Profitieren wird sie nichts dabei! (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Voigt (Döschner):

Jüngst hat der Abg. Voigt hier ausgeführt, es handle sich bei der Vorlage um einen Feiertag, der die Ehre der Arbeit schlechterhin gilt und den die Sozialisten der ganzen Welt schon seit einem Menschenalter aus diesem Grunde begehrt hätten. Das trifft nicht zu. In seiner eigenen Literatur hätte er finden können, daß die Feiertage des 1. Mai von 1883 an, wo sie auf einem internationalen Sozialistenkongress eingeführt worden sind, gegolten hat einem gewissen Arbeitstages. Es wurde beabsichtigt, am 1. Mai jeweils für den 8-Stunden-Tag zu demonstrieren. Nichts weiter! Der Reichstagsentwurf ist da, es ist viel mehr eine noch kürzere Arbeitszeit festgelegt von etwa 46 Stunden die Woche. Wenn jetzt die Sozialdemokratie glaubt, an der Betonung des Achtstundentages festhalten zu müssen, beweist sie nur damit, daß sie süchtig ist, an einem festen Dogma festzuhalten, eine Eigenschaft, die sie uns auf der rechten Seite schon gern vorzuhalten beliebt. (Sehr richtig! rechts.) Die Feiertagsvorlage, die uns eigentlich beschäftigt, hat mit der ständigen Arbeitszeit so gut wie gar nichts zu tun. Es ist früher betont worden, daß die sozialistischen Parteien mit dieser Feiertagsvorlage nichts weiter erreichen wollen, als den marxistischen Sozialismus zu verdrängen, (Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.) und sie rechnen dabei auf eine fast psychologische Wirkung bei den breiteren Volksschichten.

Wenn der Dr. Voigt von den Verbindungen zur Befreiung von der Unterdrückung i. nach, denen eine Feiertage des 9. November gelten soll, so ist zu bemerken, daß das ein schönes Wort ist. Wenn man namentlich auch unsere Minister brauchen im Lande reden hört, so preisen sie die Revolution und das, was ihr gefolgt ist, als einen Prozeß der Befreiung. Tatsache ist: Im öffentlichen politischen Leben und im staatlichen Leben herrscht Gleichheit — wir haben das gleiche Wahlrecht —, im wirtschaftlichen Leben herrscht Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag (lebhaftes Widersprechen und Jurufe links: Jetzt machen Sie aber einen Punkt!) durch das Betriebsratsgesetz wird dem noch nachgeholfen. Wenn in vielen Punkten das noch nicht befreit, was jeder wahre Volkstreu fordert, dann liegt das an dem sozialistischen Klassenkampf. (Sehr richtig! rechts. — Widersprechen links.) Sie dürfen jedenfalls nach den Lobbykämpfen über die Revolution gar keinen Anstoß mehr haben, aber Unterdrückung im Innern unseres Volkes zu reden. Wenn von Unterdrückung gesprochen wird, müssen wir unbedingt unsere Blicke nach den Orientierungen wenden, und da ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratie in jenen Ländern wenig oder gar nichts tut, die Unterdrückung, die man und gedacht ist, wieder aufzuheben. In dieser Beziehung sind wir tatsächlich ein unfreies Volk und jetzt an Händen und Füßen gebunden, und die letzte Rote beabsichtigt, uns noch den Rest von Selbständigkeit, den wir noch zur Verfügung haben, völlig zu nehmen. Dr. Voigt führte aus, seine Partei fürchte die Volkstrennung nicht; denn sie und die Gewerkschaften würden zusammenhängen. Das mag sein, aber damit wird nur festgestellt, daß die freien Gewerkschaften Anhänger der Sozialdemokratischen Partei sind und ihr auf diesem Gebiete Vorparade leisten. Es trifft aber nicht zu, daß alle Mitglieder der Gewerkschaften dieses Sinnes sind. Es gibt große Mitgliederkreise der freien Gewerkschaften, auch aus den Kreisen der Sozialdemokratie, die anders denken und die das dann auch durch den Stimmzettel beweisen werden. Es ist überhaupt nicht zutreffend, daß es die Absicht der Arbeiter im allgemeinen gewesen wäre, den 1. Mai zu feiern. Wir kennen die